



Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Schleswig-Holstein
Regionalgruppe Justizvollzug



Der Schlüssel

Ein informatives und kritisches Informationsblatt der
GdP Regionalgruppe Justizvollzug

Nr. 3/2023



Juni 2023

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei - Regionalgruppe Justizvollzug
V. i. S. d. P. : Ute Beeck, c/o Justizvollzugsanstalt Kiel,
Faeschstraße 8-12, 24114 Kiel
ute.beeck@jvaki.landsh.de oder der-schluessel@gmx.de
Tel.: 0431-6796.192, mobil: 0176-63113937

Redaktion: Der Vorstand: Ute Beeck, Andy Storch, Jens-Peter Stürck,
Jan Volstorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Inhaltsverzeichnis**Seite**

Misstände in der Justizvollzugsschule - so ist der aktuelle Sachstand	3-5
Personalratswahlen 2023	6-8
Jobticket	9
Beamtin oder Beamter im AVD - ein (Alp)Traumberuf?!	10
Personalien - Wir gratulieren	11
Nachruf	11
JVA - Seminar 2023	12-13
GdP-Angebot: Schlemmerblock 2023/2024	14
In Planung: JAA Moltsfelde nach Boostedt	14

Sämtliche Mitteilungen dieser Info sind sorgfältig zusammengetragen, eine Gewähr kann trotzdem nicht übernommen werden.

Die Ausgabe erscheint nur online und ist im Internet unter https://www.gdp.de/gdp/gdpsh.nsf/id/DE_Regionalgruppe_Justizvollzug abrufbar.

Missstände in der Justizvollzugsschule - so ist der aktuelle Sachstand

Aufgrund der Berichterstattung in den Medien zu gewerkschaftlich kritisierten Missständen in der Justizvollzugsschule im September 2022 berichtete die Justizministerin am 05.10.2022 im Innen- und Rechtsausschuss.

Die GdP - Regionalgruppe Justizvollzug - möchte ihre Mitglieder nunmehr über die baulichen und organisatorischen Entwicklungen in und um die Justizvollzugsschule seit der vorab genannten Berichterstattung der Justizministerin im letzten Jahr informieren. Aufgrund ihrer dort getätigten Aussagen wurde Staatssekretär Dr. Otto Carstens mit Schreiben vom 17.04.2023 um Sachstandsmitteilung gebeten, welche Maßnahmen bisher umgesetzt wurden und wie der Ausblick, die Planungen und in welchem Stand sich das Verfahren im Hinblick auf das Ziel einer effektiven Ressourcennutzung zurzeit befindet.

In Einzelnen die Antworten des Staatssekretärs Dr. Carstens auf unsere Nachfragen:

1. Gebäudesituation insgesamt

StS: An der Gebäudestruktur und -situation wurden keine grundlegenden Veränderungen vorgenommen. Die Ausstattung der Unterkunftszimmer mit neuem Mobiliar ist abgeschlossen. Somit sind alle Unterkunftszimmer mit einem Kleiderschrank, einem Rollschrank/Sideboard, einem Schreibtisch nebst Stuhl und Schreibtischlampe, einem Bett inklusive Matratze, einem Nachttisch sowie einer Garderobe im modernen Design ausgestattet. Bauartbedingt können keine Duschen in den Zimmern eingebaut werden. Die vorhandenen Duschen sind voneinander als von innen verschließbare Einzelduschkabinen abgetrennt worden, so dass Störungen nicht erfolgen können.

Aufgrund der Gebäudestruktur ist die Raumtemperatur sowohl in den Unterkunfts- als auch Unterrichtsräumen nach wie vor nicht immer zufriedenstellend. Um eine Verbesserung der Heizleistung zu erreichen, fanden und finden hydraulische Abgleiche statt. Zusätzlich wurden für die überwiegenden Unterkunftszimmer Heizlüfter sowie Radiatoren beschafft, um konstant eine angemessene Raumtemperatur zu erreichen. Weitere Radiatoren sind derzeit in der Beschaffung. Im Rahmen des Austauschs mit dem Arbeitsschutz-ausschuss wird an einer weiteren Verbesserung der Wärmesituation gearbeitet. Eine abschließende Abstimmung mit der GMSH über den Austausch des im Foyer befindlichen Fensters konnte noch nicht erreicht werden und wird durch den Leiter der Justizvollzugsschule weiterverfolgt.

Das Wachhäuschen ist mit einer permanenten Heizung ausgestattet worden, ebenfalls wurden die Übungsräume mit weiteren Ausstattungsgegenständen versehen, um die Aus- bildungs- und Übungsszenarien zu erweitern. Der Zugang zum Keller des Gebäudes ist geschlossen.

In der genutzten Sporthalle ist im Sommer eine Fußbodensanierung geplant.

2. WLAN / Handyempfang

GdP: Seitens des Hauptpersonalrats wurde die Einrichtung mindestens eines Rechners zum Empfang dienstlicher Mails in der Justizvollzugsschule gefordert. Zur Begründung wurde angeführt, dass in der Zeit, in der sich die Anwärtinnen und Anwärter in der Schule befinden, auf den dienstlichen Email-Accounts in den Stammdienststelle z.T. bis zu 800 Emails und mehr auflaufen, deren Abarbeitung nach Lehrgangsende sehr viel Zeit beansprucht bzw. unmöglich ist und bei der Flut somit nicht alle wichtigen Regelungen und Verfügungen ihren Empfänger so erreichen wie es erforderlich ist.

StS: Der Handyempfang in der Liegenschaft ist weiterhin nicht durchgehend gut. Die Ausstattung mit WLAN sowohl im Schul- als auch Unterkunftsgebäude ist vorhanden. Für eine bessere Netzstabilität werden die vorhandenen Router noch durch sog. Giga-Cubes unterstützt. Der Drucker im Bereich der Bibliothek ist funktionsfähig, so dass sich die Anwärtinnen und Anwärter dort auch auf den Unterricht vorbereiten können.

Hinsichtlich des Antrags des HPR an die Justizvollzugsschule, dort einen Dienstrechner als Zugang für die Anwärtinnen und Anwärter einzurichten, hat die Mitteilung aus der Sitzung des HPR mit der Abteilung 2 vom 06.03.2023 weiterhin bestand. Die Installation eines Rechners, der auf verschiedene Behörden durch ganz unterschiedliche Nutzer zugreift, bedarf einer intensiven Prüfung insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit der verschiedenen behördlichen Systeme. Wann diese Prüfung, die neben der Datensicherheit auch den Datenschutz betrifft, beendet ist, ist leider noch bekannt. Ergebnisse werden dem HPR selbstverständlich unaufgefordert mitgeteilt.

3. Ruhestörungen

GdP: Die Justizministerin hat in ihrem Bericht angekündigt, dass *„Wir weitere Möglichkeiten einer physischen Trennung gemeinsam mit dem Sozialministerium erarbeiten werden und dabei auch die jeweiligen Lehrgangssprecher einbinden, denn wir wollen miteinander und nicht übereinander sprechen.“* Haben Gespräche stattgefunden, in welcher Form wurden die Lehrgangssprecher eingebunden und welche Ergebnisse liegen dahingehend vor?

Am 11.11.2022 besuchten Justizministerin von der Decken und Integrationsministerin Touré gemeinsam mit Bürgermeister Harmut König in Boostedt die Justizvollzugsschule in Boostedt. Der Medien-Information des MJG war zu entnehmen, dass *„ergänzende Schritte vereinbart wurden, um eine gute Nachbarschaft der Justizvollzugsschule und der Landesunterkunft weiter zu befördern. Das Grünland zwischen den Häusern soll umgestaltet werden, damit sich Anwärtinnen und Anwärter der Schule noch besser auf die Lern- und Prüfungssituationen konzentrieren können und die Aufenthaltsqualität erhöht wird. Außerdem werden Wege und unterschiedliche Nutzungsflächen durch mehrsprachige Hinweise noch klarer gekennzeichnet. Zudem plant das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge, für die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner eine zweite Essensausgabe einzurichten, um vor dem Hintergrund der höheren Belegung die Inanspruchnahme der bisherigen Stelle zu den Mahlzeiten zu entlasten. Möglichkeiten für alternative Freizeitaktivitäten sollen weiter verbessert und zeitnah Fußballtore an geeigneter Stelle aufgestellt werden. Auch ein neuer Spielplatz soll entstehen.“*

Welche dieser Möglichkeiten wurden zwischenzeitlich gemeinsam mit dem Sozialministerium ausgelotet und wie ist der derzeitige Stand?

StS: *Gespräche mit den Lehrgängen und den Lehrgangssprecherinnen und -Sprechern erfolgen regelmäßig, so dass die Anliegen und Bedürfnisse möglichst zeitnah berücksichtigt werden können. Dieser Prozess ist verständlicherweise einem ständigen Wandel unterzogen, da sich die Teilnehmenden entsprechend der Lehrgänge stets verändern. So hat der aktuelle Lehrgang die Belastungen des letzten Sommers nicht miterlebt. Die Anwärtinnen und Anwärter aus Herbst 2022 sind nicht mehr in der Justizvollzugsschule.*

Selbstverständlich besteht zwischen den Tätigen auf der Liegenschaft ein Austausch, um Belastungen möglichst zu vermeiden. Aktuell kann festgestellt werden, dass die grundsätzliche Situation auf der Liegenschaft sich entspannter als im vorangegangenen Jahr darstellt. Dazu trägt neben der aktuellen Belegung insbesondere auch die Verlagerung der Liegenschaftszufahrt bei.

Im Rahmen des guten Miteinanders auf der Liegenschaft wurde besprochen, dass die Freifläche zwischen den Gebäuden G6 und G5 mit einer Bepflanzung umfasst werden soll. Die grundsätzliche Genehmigung des Denkmalschutzes für die Bepflanzung ist am 12.05.2023 bei der Justizvollzugsschule eingegangen, mit der Auflage, dass die Detailplanung vor der Ausführung mit der Denkmalschutzbehörde abzustimmen ist. Die Umsetzungsplanung wird nun aufgenommen.

Zu den Veränderungen im Bereich des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge kann mitgeteilt werden, dass die Beschäftigungs- und Spielmöglichkeiten im Freien erweitert wurden: So wurde ein Spielplatz errichtet und mit der Aufstellung von Fußballtoren die Spielfläche erweitert. Der Spielplatz befindet sich in der Nähe der Schule der Landesunterkunft und der Fußballplatz hinter der Turnhalle. Diese Maßnahmen tragen

dazu bei, dass die Aktivitäten hauptsächlich dort und nicht mehr zwischen den Gebäuden stattfinden. Das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge überprüft die Aktualisierung der Beschilderung regelmäßig. Mehrsprachige Beschilderungen sind nicht erfolgt. Die Verhaltensregelungen, einschließlich der Ruhezeiten, sind in der mehrsprachigen Hausordnung ausdrücklich aufgeführt. Die Erweiterung der Spielmöglichkeiten im Außengelände und die durchgängige Beschilderung mit Tempo 20-Schildern auf dem Gelände sorgten für eine Verringerung des Lärmeintrags und verbesserten gleichzeitig die Verkehrssicherheit aller. Die Umsetzung einer zweiten Essen-ausgabe konnte noch nicht erfolgen. Das Landesamt befindet sich dazu in einem stetigen Arbeitsprozess mit der GMSH und dem Finanzministerium.

4. Ausblick/Planungen/Verfahren

GdP: Liegt die im Mai 2022 beschlossene Machbarkeitsstudie für die Raumbedarfe der Justizvollzugsschule des Landes SH und den Jugendarrest sowie für eine Raumschießanlage und für beide Einrichtungen eine Sporthalle mittlerweile – und falls ja mit welchem Ergebnis - vor?

Wie lautet das Ergebnis der Anfrage an die BImA zum Erwerb eines Teilgrundstückes? Werden bzw. wurden im Rahmen der angekündigten Wirtschaftlichkeitsberechnung noch andere Standort – z.B. der sog. „Blaulichtcampus“ in Neumünster – geprüft und zu welchem Ergebnis ist man gekommen?

StS: *Eine abschließende Festlegung auf einen Standort für die Justizvollzugsschule ist noch nicht erfolgt. Die Machbarkeitsstudie ist noch nicht abgeschlossen. Es liegt eine sog. Massenstudie vor, die für den Standort Boostedt eine besonders unterstützenswerte Variante präsentiert hat. Zu dieser werden noch Gespräche mit der Gemeinde und den beteiligten Ministerien geführt. Ein Grundstückserwerb bei der BIMA ist grundsätzlich möglich. Eine Klärung, welche Grundstücke gekauft werden können, ist ebenfalls von den oben genannten Gesprächen und dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie abhängig. Die Betrachtung anderer Liegenschaften als möglicher Standort wird erst nach Vorlage der Machbarkeitsstudie erwogen.*



SPD macht sich Bild vor Ort
(Quelle: NDR Schleswig-Holstein Magazin)

Personalratswahlen 2023

Am 04. Mai 2023 fanden die Personalratswahlen für den Bereich des Ministeriums für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein (MJG) sowie parallel auch für die Personalräte in den Vollzugsanstalten des Landes statt.

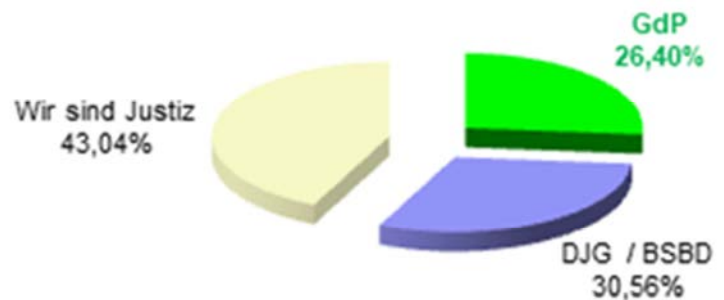


Foto @ Thomas Gründemann, GdP

Die GdP Regionalgruppe Justizvollzug konnte dabei sehr gute 26,40 % (+ 3,87 %) aller Wählerstimmen gewinnen und somit erneut einen Sitz im Hauptpersonalrat beim MJG erreichen. Dieser ging an die Regionalgruppenvorsitzende Ute Beeck aus der JVA Kiel (Foto lks.) mit insgesamt 18,73 % der Listenstimmen. Ihre 308 Stimmen waren die meisten, die eine Kollegin oder ein Kollege des Justizvollzuges erhalten hat.

In der konstituierenden Sitzung des Hauptpersonalrats wurde sie wie schon in der vorherigen Wahlperiode zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden und Gruppensprecherin für den Justizvollzug gewählt.

Die Wahl selbst wurde mit Spannung erwartet, da erstmals die zwei DBB-Gewerkschaften DJG und BSBD mit einer gemeinsamen Liste angetreten waren. Im Ergebnis konnte die Liste mit dem Kennwort „DBB Gewerkschaften DJG und BSBD“ trotzdem nur 259 Stimmen (4,16 %) mehr als die GdP erhalten – für uns ein enormer Erfolg!



Überzeugen konnte diese „Gewerkschafts-Fusion“ von DJG und BSBD die Wählerinnen und Wähler aber nicht unbedingt. Bei der Personalratswahl 2019 hatten diese beiden Listen zusammen noch 2311 Stimmen erhalten, jetzt - 4 Jahre später - waren es nur noch 1903 Stimmen. Und das, obwohl die wahlberechtigten Beamten*innen um 292 gestiegen sind.

Der männliche Spitzenkandidat der Liste „DBB Gewerkschaften DJG und BSBD“, Sönke Patzer aus der JVA Neumünster, konnte die Wählerinnen und Wähler ebenfalls nicht überzeugen und erhielt nur die viertmeisten Stimmen.

Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hingegen war die Wahl eine eindeutige Angelegenheit, da es nur einen Wahlvorschlag gab. Dass von den vier zur Verfügung stehenden Sitzen allerdings zwei Mandate auf Kolleginnen des Justizvollzuges - Sonja Zimmermann (JVA NMS) und Sandra Topke (JVA HL) - fielen, überrascht dann doch etwas. Damit sind erstmals 4 Bedienstete aus dem Justizvollzug im Hauptpersonalrat vertreten!



Personalratswahl 2023 | Gewerkschaft der Polizei

Die Wahlbeteiligung lag bei den Beamtinnen und Beamten bei 54,55 %, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei 58,18 %.

Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 10,52 % bzw. 9,74 % ungültig.

Zusammensetzung Hauptpersonalrat beim MJKE

Orlowski, Inga	DJG / BSBD	Gruppe Beamte	StA HL
Fohler-John, Sabine	Wir sind Justiz	Gruppe Beamte	LG HL
Beeck, Ute	GdP	Gruppe Beamte	JVA KI
Hinz, Anneke	Wir sind Justiz	Gruppe Beamte	OLG SL
Knapp, Nicole	DJG / BSBD	Gruppe Beamte	JVA KI
Einfeldt, Sandra	DJG / BSBD	Gruppe Beschäftigte	ArbG KI
Mohr, Katrin-Hannelore	DJG / BSBD	Gruppe Beschäftigte	OLG SL
Zimmermann, Sonja	DJG / BSBD	Gruppe Beschäftigte	JVA NMS
Topke, Sandra	DJG / BSBD	Gruppe Beschäftigte	JVA HL

Als GdP-Ersatzmitglieder für den Hauptpersonalrat wurden Tania Radandt (JVA HL), Fatih Erkoç (JVA NMS) und Bianca Bahr (JVA NMS) gewählt.

Auch die Wahlen zu den örtlichen Personalräten in den Vollzugsanstalten konnte die GdP mit einem positiven Gesamtergebnis abschließen. In Lübeck, Neumünster und Flensburg konnte die Mehrheit der Personalratssitze gewonnen werden. In Flensburg war die GdP dabei erstmals mit einer eigenen Liste angetreten. In Kiel bleibt die GdP weiterhin mit 3 Sitzen vertreten.

Aber es gab auch eine Überraschung. Über viele, viele Jahre war Martina „Tine“ Martens-Bahr fester Bestandteil im Lübecker Personalrat. Nun hat es für sie nicht mehr ganz gereicht, im neuen ÖPR ist sie nicht mehr vertreten.

Insgesamt betrachtet erneut ein großartiger Erfolg für die in der Gewerkschaft der Polizei organisierten Kolleginnen und Kollegen aus dem Justizvollzug.

Die GdP dankt ihren Wählerinnen und Wählern. Alle Gewählten werden versuchen, das in sie gesetzte Vertrauen nach besten Kräften zu rechtfertigen. Den nichtgewählten Kolleginnen und Kollegen danken wir dafür, dass sie sich als Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung gestellt haben.

Übersicht Zusammensetzung der neu gewählten örtlichen Personalräte:

JVA Lübeck

Dorendorf, Martin	GdP	Gruppe Beamte	Vorsitzender
Siefert, Dennis	GdP	Gruppe Beamte	1. stellv. Vorsitzender
Kabeck, Stacey	GdP	Gruppe Beamte	
Volkman, Thomas	GdP	Gruppe Beamte	
Saballus, Thomas	GdP	Gruppe Beamte	
Peters, Janine	BSBD	Gruppe Beamte	
Volstorf, Jan	GdP	Gruppe Beamte	
Fröhlich, Michael	BSBD	Gruppe Beamte	
Topke, Sandra	BSBD	Gruppe Beschäftigte	2. stellv. Vorsitzende

JVA Neumünster

Erkoc, Fatih	GdP	Gruppe Beamte	Vorsitzender
Küchmeister, Stefan	GdP	Gruppe Beamte	1. stellv. Vorsitzender
Buhse, Michael	GdP	Gruppe Beamte	
Bahr, Bianca	GdP	Gruppe Beamte	
Patzer, Sönke	BSBD	Gruppe Beamte	
Bruch, Thomas	BSBD	Gruppe Beamte	
Stüben, Jörg	BSBD	Gruppe Beamte	2. stellv. Vorsitzender
Bdeiwi, Manar	BSBD	Gruppe Beschäftigte	
Köhler, Gerrit	GdP	Gruppe Beschäftigte	

JVA Kiel

Eske Mathias	BSBD	Gruppe Beamte	Vorsitzender
Hahne, Jutta	BSBD	Gruppe Beamte	
Malonn, Henry	BSBD	Gruppe Beamte	2. stellv. Vorsitzender
Graßmann, Jan	BSBD	Gruppe Beamte	
Beeck, Ute	GdP	Gruppe Beamte	
Blunck, Sven-Ole	GdP	Gruppe Beamte	1. stellv. Vorsitzender
Thielscher, Kim	GdP	Gruppe Beschäftigte	Beschäftigtensprecherin

JVA Flensburg

Blechschildt, Danny	GdP	Gruppe Beamte	Vorsitzender
Rubin, Kay	GdP	Gruppe Beamte	2. stellv. Vorsitzender
Toelle, Levke	GdP	Gruppe Beamte	
Eeten, Cedric	Freie Liste	Gruppe Beamte	
Müller, Marcel	Freie Liste	Gruppe Beamte	1. stellv. Vorsitzender

JA Schleswig ***

Hinrichsen, Michael	BSBD	Gruppe Beamte	Vorsitzender
Hatesaul, Marco	BSBD	Gruppe Beamte	stellv. Vorsitzender
Denker, Nicole	BSBD	Gruppe Beamte	
Schamp, Dominic	BSBD	Gruppe Beamte	
Kurditz, Birte	BSBD	Gruppe Beschäftigte	

JVA Itzehoe ***

Groth, Björn	Freie Liste	Gruppe Beamte	Vorsitzender
Beyer, Tobias	Freie Liste	Gruppe Beamte	
Müller, Alexander	Freie Liste	Gruppe Beamte	

*** In der JA Schleswig und der JVA Itzehoe ist die GdP nicht mit einer eigenen Kandidatenliste zu den Personalratswahlen angetreten.
Die JAA Moltsfelde hatte bereits 2022 einen neuen Personalrat gewählt.

Jobticket

Jobticketangebot der Landesregierung wird um Deutschland-Jobticket erweitert

Jobticket und 49-Euro-Ticket

Das Land Schleswig-Holstein bietet seit dem 1. Mai 2023 das neue 49-Euro-Ticket als zusätzliche Jobticket-Variante an. Für das Jobticket auf Basis des 49-Euro-Tickets gewähren die Verkehrsanbieter einen Rabatt i. H. v. 2,45 Euro.

Das Land Schleswig-Holstein gewährt als Arbeitgeber auch für das neue Deutschland-Jobticket einen Zuschuss i. H. v. 30,00 Euro. Für die Beschäftigten verbleibt ein Selbstbehalt i. H. v. 16,55 Euro monatlich.

Rechenbeispiel:

49,00 Euro ist der Preis für ein nicht bezuschusstes Deutschland-Ticket

- 2,45 Euro beträgt der Anbieter Rabatt im Rahmen des Jobticket-Angebotes
- 30,00 Euro beträgt der Arbeitgeberzuschuss des Landes Schleswig-Holstein

= 16,55 Euro ist der Preis, den die Beschäftigten zahlen müssen.

Bei der Bestellung des Deutschland-Jobticket über den HVV wird Ihnen der Preis i. H. v. 46,55 Euro angezeigt. Diesen Betrag stellt der HVV dem Land Schleswig-Holstein in Rechnung. Das Land zieht den Arbeitgeberzuschuss i. H. v. 30,00 Euro ab und behält den Rest i. H. v. 16,55 Euro vom Gehalt ein.

NAH.SH

Das neue Deutschland-Jobticket bietet NAH.SH als Handy-Ticket und bis voraussichtlich Ende 2023 auch als Papier-Ticket an. Darüber hinaus bietet NAH.SH weiterhin das bestehende regionale Jobticket an, auch als Handy- und Papier-Ticket.

Das neue Deutschland-Jobticket kann über das Internetportal von NAH.SH bestellt werden.

Der bereits für die Bestellung des regionalen Jobtickets erforderliche Firmencode ist auch für die Bestellung des neuen Deutschland-Jobtickets gültig.

Wichtig: Falls Sie sich für ein Deutschland-Jobticket entscheiden haben und noch ein regionales Jobticket besitzen, müssen Sie dieses aktiv kündigen. Was Sie dafür tun müssen, ist in den Informationen beschrieben, die Sie per E-Mail oder per Brief von NAH.SH erhalten haben. Es kann pro Person nur ein Jobticket vom Land SH bezuschusst werden.

Hinweis: Für die Bearbeitung einer Bestellung räumt die Bahn 5 Kalendertage ein, danach verfällt die Bestellung. Hierüber erhalten Sie keine Information. Sie erhalten dann in der 5-Tages-Frist keine Information über die Freigabe und müssten erneut eine Bestellung auslösen ab dem sechsten Tag.

Beispiel: Sie bestellen am 05.05. ein Jobticket und erhalten umgehend eine Bestellbestätigung von der Bahn. Haben Sie bis zum 10.05. noch keine Freigabebestätigung von der Bahn erhalten, müssten Sie ab dem 10.05. eine neue Bestellung auslösen.

HVV

Das Jobticket über den HVV wird ausschließlich in Form des neuen Deutschland-Jobtickets angeboten und ausschließlich als Handy-Ticket. Das neue Deutschland-Jobticket kann als Handy-Ticket über ein neues elektronisches Verfahren von jeder/m Beschäftigten selbst bestellt werden. Damit wird es deutlich einfacher. Das Verfahren über die Ansprechpersonen und den Bestellschein entfällt.

Beamtin oder Beamter im AVD – ein (Alp)Traumberuf?!

In meinem erlernten Beruf als Speditionskaufmann wurde ich immer unzufriedener. Das war für mich ein Grund, über eine neue, spannendere Tätigkeit nachzudenken. Also, auf ging's, und das Internet wurde nach Jobangeboten durchsucht. Bei meinen Recherchen landete ich auch auf „moin_karriere“ und dem „Ausbildungsportal“ der Landesregierung:



Foto @ Staatskanzlei

Beamtin oder Beamter im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD)! Das wäre doch etwas für mich. Die Berufsbeschreibung, wonach „die Darstellung in Krimis, wo schwere Gefängnistüren geöffnet oder geschlossen werden, wenig mit den tatsächlichen Aufgaben des Allgemeinen Vollzugsdienstes zu tun hat“, interessierte mich. „Die Beamten im Allgemeinen Vollzugsdienst wirken an der Beaufsichtigung, Betreuung und Versorgung der Gefangenen mit. Im Rahmen ihrer Aufgaben unterstützen die Beamten im Allgemeinen Vollzugsdienst die Gefangenen, damit diese das Vollzugsziel eines Lebens in sozialer Verantwortung ohne Straftaten erreichen. Sie reden, hören zu und helfen den Gefangenen bei persönlichen Belangen.“

Das war's doch - spannend, abwechslungsreich und sinnvoll! Genau mein Ding. Also los ging's. Bewerbung abgeschickt, Einstellungsverfahren erfolgreich absolviert und nun bin ich als Beschäftigter im AVD tätig und trage eine schicke blaue Uniform.

Aber, ach du Schreck, meine tägliche Arbeit hat wenig mit der Beschreibung im „Ausbildungsportal“ der Landesregierung zu tun. Tatsächlich erinnern mich die Abläufe doch eher an die Darstellungen in Krimis: Schlägereien auf dem Freistundenhof, Trennungsv Verfügungen, HSP-Einsätze, Mauerüberwürfe, Drogen, psychische Auffälligkeiten, Haftraumbrand und Angriffe auf Bedienstete. Hinzu kommen regelmäßig personelle Engpässe und Einschluss der Gefangenen. Vollzugsziel erreichen, reden, zuhören und helfen? Wie soll das gehen, gar nicht möglich.

Man kommt immer öfter mit Magenschmerzen zum Dienst. Suizidversuch und Verlegung in den bgH gestern, körperliche Auseinandersetzung zwischen drei Gefangenen auf dem Freistundenhof vorgestern - keine Ahnung, was mich heute wieder erwartet. Auf alle Fälle aber wieder Probleme mit der hohen Anzahl an gewaltbereiten und / oder psychisch auffälligen Gefangenen.

Pflegefachkraft für den Bereich Psychiatrie - war es das was ich wollte, als ich meinen Beruf als Speditionskaufmann aufgab? Eigentlich nicht!

Und zusätzlich wird man ständig mit der Unzufriedenheit der anderen Kolleginnen und Kollegen konfrontiert. Regeln und Strukturen fehlen teilweise oder werden sehr, sehr lasch umgesetzt.

Ich bekomme auch mit, dass viele bereits wieder kurz nach der Einstellung gekündigt haben oder Dienstältere sich wegbewerben.

Verfasser bekannt

Wir gratulieren ...

... dem Kollegen *Jan Markert (JVA NMS)* zur Ernennung zum Justizamtmann.

... den Kollegen *Dominic Schuldt* und *Stefan Lewandowski (beide JVA HL)* zur Ernennung zum Justizamtsinspektor.

... der Kollegin *Ella Müthel (JVA HL)* zur Ernennung zur Beamtin auf Lebenszeit.



Wir bitten um Verständnis, dass wir hier nur die Kolleginnen und Kollegen erwähnen konnten, die uns von den Vertrauensleuten der Anstalten rechtzeitig gemeldet wurden.



Nachruf

In tiefer Trauer und mit großer Betroffenheit nimmt die Gewerkschaft der Polizei Abschied von

Jens Albert Kobs

einem verlässlichen Kollegen, einem guten Freund und liebenswerten Menschen, der am 20. April 2023 im Alter von nur 58 Jahren viel zu früh verstorben ist.

„Icke“, wie er aufgrund seiner Berliner Herkunft von vielen Kollegen*innen des Justizvollzugs gerufen wurde, wechselte aus der JVA Moabit in die JVA Neumünster und später in die AHE Rendsburg. Nach einem schweren Autounfall wurde er an das Landesamt für Ausländerangelegenheiten versetzt.

Wir werden seine kollegiale und freundliche Art in guter Erinnerung behalten. Seinen Angehörigen, insbesondere der Familie, gilt in diesen schweren Stunden unser aufrichtiges Mitgefühl.

Gewerkschaft der Polizei - Regionalgruppe Justizvollzug

JVA - Seminar 2023

Vom 14. bis 16. Juni 2023 führte die GdP Regionalgruppe Justizvollzug ein Aufbauseminar zum Thema „Demokratie, Interessen, Interessenverbände und Gewerkschaften“ in Celle durch. Die Unterbringung erfolgte im dortigen IntercityHotel, die Ausstattung (Zimmer und Tagungsraum) war sehr gut.

Zum Seminarprogramm gehörte auch eine geführte Besichtigung des Konzentrationslagers Bergen Belsen mit einem umfangreichen Vortrag. Die sehr weitläufige Gedenkstätte verlangte den Seminarteilnehmern bei bestem Wetter einiges an Fußmarsch ab, war aber auch extrem beeindruckend.



- weiter Seite 13 -

Die Tagungsleitung schaffte es durch geschicktes Zeitmanagement, zusätzlich noch eine Führung durch die Justizvollzugsanstalt Celle (die JVA mit der höchsten Sicherheitsstufe in Niedersachsen und ein so genanntes Hochsicherheitsgefängnis) in das Programm einzuarbeiten.

Ein herzlicher Dank gilt dabei dem Ausbildungsleiter Jens Dittchrist (Foto unten, rechts außen), der „seine“ JVA sehr professionell und mit großer Leidenschaft präsentierte.



Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung, die neben viel Information auch noch einen guten Austausch der Teilnehmer/innen aus den verschiedenen Einrichtungen ermöglichte und noch ausreichend Zeit für Geselligkeit in der schönen Stadt Celle bot.



GdP-Angebot: Schlemmerblock 2023/2024

Und wieder einmal wir ein tolles Angebot und jetzt wieder auf unserer Geschäftsstelle verfügbar: Der Schlemmerblock 2023/2024 für nur 24,90 EUR. Ihr spart als GdP-Mitglied 20 EUR gegenüber dem regulären Verkaufspreis.



In Planung: JAA Moltsfelde nach Boostedt



Foto: © schleswig-holstein.de

Im Innen- und Rechtsausschuss führte Herr Berger, Leiter der Abteilung II im MJG, aus, dass die Verlagerung der Jugendarrestanstalt von Moltsfelde nach Boostedt geplant sei. Das diene deren Verkleinerung.

Die Einrichtung werde seit über zehn Jahren nicht annähernd ausgelastet. Von mehr als 54 Arrestplätzen seien im Durchschnitt weniger als zehn belegt.

Es biete sich an, die überdimensionierten Räumlichkeiten in Moltsfelde anderweitig zu nutzen, weil andere Vollzugsbereiche indes

überbelegt seien. Die Verweildauer im Jugendarrest betrage durchschnittlich weniger als zwei Wochen. Darum sei es wichtig, dass die neue, verkleinerte Einrichtung zentral im Land liege und aus allen Landesteilen gut erreichbar sei.

Dies treffe auf das Gelände Boostedt zu, auf dem sich bereits eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete sowie die Justizvollzugsschule befinden. Es sei darum geplant, zusätzliche Flächen für den Jugendarrest in Boostedt zu erwerben.